



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Lokale Medienvielfalt sichern: Bericht zur Lage der privaten Rundfunkanbieter in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung über die aktuelle Situation der privaten Rundfunkanbieter, die eine flächendeckende Versorgung der bayerischen Bevölkerung mit verlässlichen lokalen Informationen gewährleisten zu berichten.

Dabei soll insbesondere auf folgende Fragen eingegangen werden:

- Wie stellt sich die wirtschaftliche Situation der privaten Rundfunkanbieter in Bayern derzeit dar, insbesondere vor dem Hintergrund der Abwanderung von Werbeeinnahmen zu internationalen Konzernen und den damit einhergehenden massiv veränderten Marktbedingungen?
- Wie hat sich die personelle Ausstattung der privaten Rundfunkanbieter in den vergangenen Jahren entwickelt, insbesondere im Hinblick auf die journalistische Präsenz vor Ort? Ist unter den aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine direkte Berichterstattung aus der Region für die Region weiterhin gewährleistet und damit die Grundlage für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die lokalen Medienangebote gesichert?
- Welche politischen Strategien und Maßnahmen hält die Staatsregierung für geeignet, um die Zukunftsfähigkeit der Rundfunkanbieter in Bayern zu stärken und ihre unabhängige Berichterstattung dauerhaft zu gewährleisten? Gibt es konkrete Vorhaben welche die Staatsregierung bereits plant, um die Wettbewerbsbedingungen zwischen lokalen Medienanbietern und internationalen digitalen Plattformen zu verbessern und ein „Level Playing Field“ herzustellen?
- Wie bewertet die Staatsregierung in diesem Zusammenhang die Einführung beziehungsweise Diskussion um eine Digitalabgabe oder vergleichbare Instrumente zur Unterstützung und Finanzierung journalistischer Angebote und der lokalen Medienvielfalt?
- Wie bewertet die Staatsregierung eine Neujustierung der Verteilung der Werbeeinnahmen im Hörfunkmarkt vor dem Hintergrund des durch digitale Plattformen („Big Tech“) deutlich geschrumpften Werbemarktes? Wie beurteilt sie insbesondere Modelle anderer Bundesländer, die die Werbemöglichkeiten des öffentlich-rechtlichen Hörfunks durch eine Begrenzung der Werbezeiten oder durch eine Beschränkung auf einzelne Hörfunkprogramme (NDR/WDR) einschränken? Welche Auswirkungen erwartet die Staatsregierung von solchen Regelungen auf die wirtschaftliche Situation des privaten und des öffentlich-rechtlichen Hörfunks?

Begründung:

Die privaten Rundfunkanbieter sind ein unverzichtbarer Bestandteil des dualen Systems und der bayerischen Medienlandschaft. Sie leisten einen entscheidenden Beitrag zur demokratischen Meinungsbildung, indem sie auch einen Blick auf die kleinen Geschichten vor Ort lenken. Auf Lokalmedientagen 2026, die Ende Juni wie üblich in Nürnberg stattfanden, wurde die Bedeutung der lokalen Rundfunkanbieter über demokratische Parteigrenzen hinweg hervorgehoben und gewürdigt.

Gleichzeitig stehen viele dieser Medienunternehmen unter erheblichem wirtschaftlichem Druck. Rückläufige Werbeeinnahmen, veränderte Nutzungsgewohnheiten sowie die zunehmende Konkurrenz durch internationale digitale Plattformen stellen die bisherigen Finanzierungsmodelle in Frage. Die wirtschaftlichen Belastungen wirken sich potenziell unmittelbar auf die Ausgestaltung und Qualität des Programms und auf die personelle Ausstattung aus, insbesondere die, die lokale und regionale Berichterstattung leidet.

Doch gerade die unmittelbare Berichterstattung aus der Region für die Region ist das Pfund, das die lokalen Rundfunkanbieter mitbringen: denn hierdurch entsteht Identifikation, Publikumsbindung und Vertrauen.

Vor diesem Hintergrund ist eine umfassende Information des Landtags über die aktuelle Lage, die Perspektiven und die möglichen politischen Handlungsoptionen zur Sicherung der lokalen und regionalen Medienvielfalt in Bayern geboten.